

bank-Politik ohne ihr Zutun mit gewaltigen Problemen konfrontiert. Ihre Kalkulation wurde buchstäblich von einer Minute auf die andere über den Haufen geworfen.

Leider haben mit der Aufgabe des Mindestkurses die Interventionen der Nationalbank kein Ende gefunden. Sie sollen weiterhin die Folgen der Euro-

Schwäche abmildern. Nationalbank-Ausschüttungen füttern zudem den bereits aufgeblähten Staatssektor. Spürbare Steuersatzsenkungen auf allen Ebenen und eine Milderung der Steuerprogression für alle Einkommen wären die richtigen Antworten auf die entstandene Euro-Schwäche.

Pierre Bessard

Gefragt sind Umsetzungs-Massnahmen

Jetzt muss der Bundesrat handeln

Von Hans-Ulrich Bigler, Direktor Schweizerischer Gewerbeverband sgV, Bern

Die Wirtschaft kommt durch die Aufgabe des Euro-Mindestkurses stark unter Druck. Die Unternehmen müssen mit einer weiteren Steigerung der Produktivität, mit Innovationen und mit Anpassungen bei der strategischen Ausrichtung reagieren.

So haben sie eine Chance, aus eigener Kraft gestärkt aus dieser schwierigen Situation herauszukommen. Die Politik darf sie angesichts dieser enormen Herausforderung aber nicht alleine lassen.

Mit ihrer Zinspolitik kann die Schweizerische Nationalbank (SNB) die Frankenstärke abfedern. Verpflichtet ist die Nationalbank dabei aber einzig einer stabilen Währungspolitik. Politisch gefordert ist vielmehr der Bundesrat. Dieser muss jetzt entschlossen handeln und darf sich nicht verzetteln. Gefragt sind Umsetzungs-Massnahmen auf drei Ebenen: Konsequente und sofortige Reduktion unnötiger Regulierungskosten, Umsetzung der Unternehmenssteuerreform III und Investitionen in die Berufsbildung.

Geglänzt hat die Regierung bisher nicht. Mit einem eigenen Bericht hat sie vor über einem Jahr festgestellt, dass die KMU-Wirtschaft alleine in zwölf Bereichen auf Bundesebene jährlich mit zehn Milliarden Franken Regulierungskosten belastet wird. Konkrete Massnahmen gegen diesen



Regulierungsdschungel befreien.

Mit der Umsetzung der Unternehmenssteuerreform III kann die Standortattraktivität der Schweiz im internationalen Steuerwettbewerb gestärkt werden. Daneben muss entschieden in die Berufsbildung investiert werden. Sie ist die Grundlage dafür, dass sich KMU aus eigener Kraft über Innovation und Weiterentwicklung im noch härteren Wettbewerb behaupten können.

Der sgV als grösster Dachverband der Schweizer Wirtschaft erwartet vom Bundesrat ein deutliches Bekenntnis insbesondere zur höheren Berufsbildung. Dies, indem er dafür im Rahmen der Botschaft zu Bildung, Forschung und Innovation (BFI) jährlich zusätzlich hundert Millionen Franken zur Verfügung stellt.

Hans-Ulrich Bigler

*Starke Währung:
Starke Wirtschaft, starkes Land*

Gebt den Franken frei!

Von Dr. Thorsten Polleit, Chefvolkswirt «Degussa» und Honorarprofessor an der Universität Bayreuth

Die Entscheidung der Schweizer Nationalbank (SNB), den Mindestkurs des Franken gegenüber dem Euro zu beenden, war richtig. Ein Festhalten an der Anbindepolitik hätte die helvetische Währung ruiniert.

Denn die Europäische Zentralbank (EZB) ist auf eine Politik der grossangelegten Geldmengenvermehrung eingeschwenkt, die früher oder später eine Entwertung und Flucht aus dem Euro auslösen dürfte. Bei einem Fortführen der Mindestkurspolitik hätte die Nationalbank die desaströse Politik der EZB nachahmen müssen.



Dass sich der Franken-Aussenwert künftig weiter aufwerten könnte, sollte die Schweizer nicht besorgt stimmen. Ihre Wirtschaft wird damit zurechtkommen. Wie schon so oft in der Vergangenheit. Die Schweizer Unternehmen können ihre Absatzpreise verringern, um international wettbewerbsfähig zu bleiben. Die Löhne können abgesenkt werden, ohne dass die Arbeitnehmer reale Einkommenseinbussen erleiden – weil die Kaufkraft ihrer Franken im Ausland steigt. Volkswirtschaftlich betrachtet gibt es keine überzeugenden Gründe, den Franken-Aussenwert künstlich niedrig zu halten.

Aus diesem Grund sollte die Nationalbank ihre Negativzinspolitik ebenfalls beenden. Deren Hauptzweck ist es ja, den Zustrom von Auslandskapital in die Schweiz zu entmutigen und dadurch den Aufwertungsdruck auf den Franken abzumildern. Doch diese Politik hat schädliche Nebenwirkungen. Sie entwertet die Ersparnisse, die in Bankeinlagen und Schuldverschreibungen angelegt sind. Zudem verursacht sie Fehlentwicklungen auf breiter Front: Kapitalfehlleitung und Blasenbildung auf den Aktien- und Immobilienmärkten, die in Finanz- und Wirtschaftskrisen münden.

Damit der Franken der Freiheit und Prosperität der Schweizer dienen kann, muss die Nationalbank aufhören, seinen Aussenwert zu manipulieren; sie muss auch die Negativzinspolitik beenden. In der aktuellen, nicht selten emotional geführten Diskussion um die Zukunft des Franken sollten sich die Schweizer in Erinnerung rufen: Noch keine Volkswirtschaft ist durch gutes Geld untergegangen, aber viele schon durch schlechtes Geld.

Thorsten Polleit

DER PATRIOT

Tagesschule

Für alle Kinder
ab dem vierten Lebensjahr,
von 7 Uhr morgens
bis 18 Uhr abends.

Die GLOBALEN Vorteile:
Die fremden «Fachkräfte»
übernehmen die Verantwortung
für die Ausbildung, Fütterung,
Verhaltensregeln und das
soziale Zusammenleben.

Die leiblichen Eltern, also
die Produktionsmittel,
stellen zur Verfügung
die Schlafplätze.

Das System ist erprobt
und bewährte sich
in beiden -ismen.

Vladimir Konecny